

>> **EURORETTUNG NUR MIT GREEN NEW DEAL**

ABHÄNGIGKEIT VON FOSSILEN ENERGIETRÄGERN UND NICHT-ERNEUERBAREN ROHSTOFFEN MITVERANTWORTLICH FÜR DIE ÖKONOMISCHE INSTABILITÄT VIELER EUROLÄNDER <<

verfasst von Sven Giegold und Sebastian M. Mack, ohne Erscheinungsdatum

und

Das G20-Gipfeltreffen in Hamburg

Text 149.1

Anhang zum Text 149.0

www.tristan-abromeit.de

- a) Denkmittel zur Energiepolitik aus dem Jahr 1977
- b) Brief zum Bodenrecht an MdB Wilhelm Nölling vom 4.1. 71
- c) Aktuelle Information vom 13.7. 2017 zur Grundsteuerreform
- d) Endnote zur Seite 36 im Haupttext 149.0. und weitere Anmerkungen zum Thema Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg
- e) Anmerkungen zur Freiwirtschaftsschule

DENK-ZETTEL ZUR ENERGIEPOLITIK

verfasst von Tristan Abromeit im September 1977 für den Landesfachausschuss
Wirtschaft der niedersächsischen F.D.P. Abschrift 5.7. 2017. ¹
(Abschrift vom Juli 2017 / Ursprünglich mit verkleinerte Schreibmaschinenschrift auf einer DIN A 4-Seite veröffentlicht.)

- 1 Die Ursachen der Arbeitslosigkeit liegen nicht in einem Mangel an Energie oder in *einer* zu teuren Energie.
- 2 Die Ursachen für die Unterbeschäftigung der westlichen Volkswirtschaften ist die mangelnde Rentabilität des Kapitals (Kapitalismuskrise).
- 3 Die mangelnde Rentabilität als wesentlichster Bestandteil der Stagflation verursacht Zirkulationsstörungen des Geldes (Nachfrageausfall).
- 4 Diese Kapitalismuskrise, die immer wieder nach einer Periode der Realkapitalbildung eintritt und Marktwirtschaft unmöglich macht, kann mit keinem Energieprogramm behoben werden.
- 5 Arbeitslosigkeit kann durch Wirtschaftswachstum nur dann behoben werden, wenn alle Einkommen als Nachfrage wirksam werden.
- 6 Wenn aber die Nachfrage im Volumen dem Einkommen gleicht, dann haben wir auch ohne Wachstum Vollbeschäftigung.
- 7 Aus ökonomischer Sicht gibt es keinen Grund für Atomenergie- und Rüstungsprogramme zur Erreichung der Vollbeschäftigung, wenn für eine ständige Zirkulation des Geldes gesorgt wird.
- 8 Prinzipiell ist auch eine Vollbeschäftigung bei Kerzenlicht möglich.
- 9 Der Ökonom hat den Wirtschaftspolitikern solche Art Konjunkturinstrumente anzubieten, die im Gegensatz zu der Atomenergie und den Rüstungsverkäufen ein Minimum an Risiko in sich tragen.
- 10 Die Gesellschaft muß ohne ökonomischen Druck zwischen Null-, qualitativem und quantitativem Wachstum entscheiden können.

1 Der Text ist auch zu finden im Anhang zum Text Agenda Niedersachsen Teil 1 vom Okt. 1999 (Offener Brief an den Niesed. Ministerpräsidenten, Gerhard Glogowski) <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/18.2.1%20Agenda%20N.%20Teil%20I%20Anhang%20S.%201-52%20Form%208.06.pdf>

- 11 Bei allgemein niedriger Rentabilität des Kapitals sucht Kapital nur dann in der Atomenergieerzeugung eine Anlage, wenn durch Subventionen hier die Rendite über durchschnittlich ist. Es ist also (auch hier) zu fragen: Wer wird durch staatliche Programme in diesem Sektor bereichert und wer entreichert.
- 12 In der marktwirtschaftlichen Ordnung haben staatliche Wirtschaftsförderungsprogramme nur dann einen Sinn, wenn sie die Marktkräfte, d.h. den Wettbewerb entfalten, was von der Mehrzahl der Programme nicht gesagt werden kann.
- 13 Ein liberales Energieprogramm müßte also erst einmal einen Energiemarkt ermöglichen. Das bedeutet eine Umkehrung der Konzentration der Energiehersteller und Verteiler. Stadtwerke müßten gleichzeitig oder zu verschiedenen Zeiten von verschiedenen Stromerzeugern Strom abnehmen können. Windkraftwerke z.B. müßten ohne große Schwierigkeiten auf vertraglicher Basis Strom in die Verteilernetze abgeben können.
- 14 Preise haben in der Marktwirtschaft eine zentrale Lenkungs-funktion. Eine illiberale zentrale staatliche Lenkung kann auch eingeführt werden, wenn (Strom-)Preise staatlich festgesetzt werden. Das gilt auch für Eingriffe in die betriebswirtschaftlich begründete differenzierte Gestaltung der Abnehmerpreise (Kartellabsprachen oder Preisdiktate ausgenommen).
- 15 Es ist unlogisch, die Volkswirtschaft der BRD von den er-presserischen (?) Preisen der Ölförderländer dadurch unabhängig machen zu wollen, indem man sich den Uranlieferanten (Oligopolisten) ausliefert. Die Geschichte mit den Petroleumlampen aus Omas Zeiten, die verschenkt wurden, um die Menschen durch Energieumstellung von den Petroleumliefe-ranten abhängig zu machen, sollte noch nicht vergessen sein.
- 16 Eine Volkswirtschaft wird nur dann energierohstoff-unabhängig, wenn sie Energien erschließt, die ihr auf dem eigenen Territorium in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.
- 17 Da Rohstoffe wie Erdöl, Kohle, Erdgas und Uran in den einzelnen Volkswirtschaften unterschiedlich stark (in

manchen gar nicht) vorkommen, sind sie auch eine der bedeutendsten Ursachen für die internationalen Spannungen (was auch von den anderen Rohstoffen gesagt werden kann). Es ist eine Illusion zu glauben, diese Spannungen in der Zukunft durch pathetische Worte oder durch militärische Stärke neutralisieren zu können.

- 18 Wenn wir unkontrollierte Entladungen vermeiden und den internationalen chancengleichen Wettbewerb ermöglichen wollen, dann kommen wir nicht umhin, den Förderzins für Öl, Gas, Uran und andere Rohstoffe nach Abzug nationaler Kosten zu internationalisieren, d.h. Erdöl, Kohle etc. gehört nicht nur den Arabern, Amerikanern, Deutschen usw. sondern allen Menschen. Hier ist einer der wenigen Fälle, wo es eine ökonomisch gerechtfertigte Einkommensumverteilung geben könnte. Die EWG, die freie Welt, die ganze Welt hätten hier eine Möglichkeit für einen sinnvollen Ausgleich zwischen armen und reichen Ländern vorzunehmen.

oooooooooooooooooooo

Tristan Abromeit, ~~3000 Hannover-Kleefeld~~

4.1. 71

Herrn

Dr. Wilhelm Nölling M.A., MdB

~~5300 Bonn / Bundeshaus~~

NDR II, Sendung "Deutsches Forum - Gedanken zur Politik der Gegenwart-"*

Sehr geehrter Herr Dr. Nölling,

ich war vorhin erfreut, eine Stimme aus dem Hörsaal der Akademie für Wirtschaft und Politik im Rundfunk wiederzuhören, nämlich Ihre.

Erfreut bin ich auch, daß Sie sich als Bundestagsabgeordneter des Bodenproblem es angenommen haben. Einen Teil der Unlust, die mir die volkswirtschaftlichen Vor-

lesungen an der AWP (1964/66) verschafft haben, sind nämlich darauf zurückzuführen, daß diese Fragen so gut wie gar nicht behandelt wurden.

Das Unbehagen an der (sozialen) Marktwirtschaft rührt m. E. daher, daß die Ursachen für das Verteilungsproblem nicht erkannt werden und daher die praktizierten Lösungsversuche auch regelmäßig fehlschlagen.

Wenn ich als FDP-Politiker *ohne Mandat und Amt* die Diskussionsbeiträge des SPD-Mitgliedes Nölling und des CDU-Mitgliedes (Dr.) Westphal ergänzen darf, so stimme ich der Bemerkung von Prof. Lage zu, daß die bisherigen Bemühungen und Gesetzesplanungen der Bundesregierung und des Bundestages nicht ausreichen, um das Bodenproblem zu lösen. Die Vorstellung von Dr. Westphal, durch Verkauf von staatlichem Boden zu niedrigen Preisen den Bodenmarkt zu entlasten, ist kein Beitrag zur Problemlösung, da übersehen wird, daß der Boden absolut knapp ist - woran die unterschiedlichen Intensitätsgrade der Bebauungsfreigabe euch nichts ändern - und daß dadurch neue Vermögensverteilungsungerechtigkeiten entstehen.

Wenn ich richtig verstanden habe, so sind Sie der Meinung, daß das Bodenproblem ein städtisches, speziell europäisches bzw. bundesrepublikanisches Problem sei. Das trifft nicht zu. Das Bodenverteilungsproblem ist weder in den sozialistischen Staaten, noch in den übrigen Staaten der Welt gelöst. Auch ist keine vernünftige Agrarpolitik ohne Bodenreform zu betreiben.

Das Bodenproblem ist aber durchaus im System der Marktwirtschaft zu lösen, denn es ist möglich, die Bodenrente der Allgemeinheit zuzuführen und die Nutzung des Bodens (durch Städtebau oder Landwirtschaft) nach den Prinzipien des Wettbewerbes vorzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Ø an Herrn Udo Kölsch, NDR II, Hbg.

Anlage: Ein Beitrag von H.K.R Müller zum Thema, Sonderdruck aus der Zeitschrift "Fragen der Freiheit", die schon viele Berichte und Artikel zum Bodenproblem brachte.

Hier ein Link zur Person Professor Dr. Nölling:

https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_N%C3%B6lling

00000000

Am 13.7. 2017 erhielt folgendes Mail zum Thema Grundsteuerreform

Sehr geehrte Aufruf-Unterstützerinnen und -Unterstützer!

Ende Juni war die letzte Sitzungswoche im Bundestag vor der Bundestagswahl. Der vom Bundesrat im Herbst 2016 beschlossene Gesetzesentwurf zur Änderung des Bewertungsgesetzes und des Grundgesetzes wurde dort bis zuletzt nicht verhandelt. Somit wird dieser Entwurf mit dem Ende der laufenden Legislaturperiode verfallen; es wäre ein erneuter Bundesratsbeschluss erforderlich, um nach der Bundestagswahl das Gesetzgebungsverfahren zur Reform der Grundsteuer wieder aufleben zu lassen. Derzeit kann noch nicht abgeschätzt werden, wann mit einem solchen Beschluss zu rechnen ist und ob dieser inhaltlich – was zu hoffen ist – eine andere Richtung einschlagen wird.

Wie geht es weiter mit der Grundsteuerreform?

Auf Bundesebene ist weithin unklar, wohin die Reise gehen soll. Während die Wahlprogramme der [Union](#), der [LINKE](#), der [FDP](#) sowie der [AfD](#) gar keine Aussagen zur Grundsteuerreform treffen, lässt die [SPD](#) lediglich verlautbaren, die Grundsteuer „verfassungsfest“ zu reformieren, und die [GRÜNEN](#) wollen sie „gerechter“ machen – immerhin mit dem Zusatz, damit flächensparendes Bauen zu begünstigen und gegen Flächenverbrauch und Baulandspekulation vorzugehen. Die [ÖDP](#) schlägt vor, die Grundsteuer B (für bebaute und bebaubare Grundstücke) „in eine Bodensteuer umzuwandeln, um das Nutzungsinteresse für brachliegende innerörtlicher Liegenschaften zu steigern und das Interesse an Neuausweisung von neuen Wohn- und Gewerbegebieten zu mindern.“ Darüber hinaus weisen wir auch noch einmal auf den [Beschluss des Bundesvorstandes der FDP vom November 2016](#) aufmerksam machen, der die Einführung einer unverbundenen Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer vorschlägt.

Aus dem Bundesumwelt- und -bauministerium werden inzwischen vorsichtige Signale in Richtung einer Reform hin zur Bodensteuer gesendet. Zuletzt bemerkte Staatssekretär Gunther Adler auf der Fachveranstaltung [„Aktivierung von Innenentwicklungspotenzialen in wachsenden Kommunen“](#), dass die neue Bundesregierung über eine Bodensteuer neu nachdenken müsse.

Fragen & Antworten zur Bodensteuer

Wir haben unsere FAQs überarbeitet und um zahlreiche neue, ebenfalls oft gestellte Fragen erweitert. Sortiert in sieben verschiedene Themenbereiche sollen sie Ihnen und allen anderen Interessierten eine hilfreiche Argumentationsstütze sein.

Freundliche Grüße

Henry Wilke
für den Aufruf „Grundsteuer: Zeitgemäß!“

--

Henry Wilke
Referent für Siedlungsentwicklung
Koordination „Grundsteuer: Zeitgemäß!“

NABU - Naturschutzbund Deutschland e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Charitéstraße 3
10117 Berlin

Tel. +49 30 284 984 - 1628

Fax +49 30 284 984 - 3628

info@grundsteuerreform.net Henry.Wilke@NABU.de
www.grundsteuerreform.net

0000000

Zum Thema Akademie für Wirtschaft und Politik (Seite 36 im Text 149.0) füge ich hier die als Fußnoten gedachten Anmerkungen Links ein, die ich an dieser Stelle noch erweitere. Ich zitiere dabei auch eine Aussage des Bundespräsidenten Theodor Heuss zur **Entthronung der Rendite Motor der ökonomischen Wirkkraft**. Siehe unten das ungekürzte Zitat. Der Umfang der Befassung mit der AWP in diesem Text entspricht nicht der Bedeutung, die sie in meinem Leben und für meinen Erkenntnisweg gehabt hat. Die zwei Jahre (mehr als 4 Semester, da Ferien auch belegt waren) an der AWP waren für mich wirtschaftlich und familiär eine schwierige Zeit und inhaltlich unbefriedigend. Ich war mit großem Respekt für alles was Wissenschaft hieß nach Hamburg gefahren. Dieser Respekt schmolz wie der Schnee in der Sonne. Es gab eine Zeit, in der ich meine Graduierungsurkunde zum Volkswirt zurückgeben wollte, a) weil sich zeigte, dass sie wirtschaftlich für mich keinen Kurswert hatte und b) wollte ich mit der Benennung *Volkswirt* nicht für das gerade stehen, was diese Wissenschaft in den Gesellschaften anrichtet. Heute mit Abstand betrachtet, muss ich sagen, dass die Zeit an der AWP für mich doch anregend gewesen sein muss und gerade die Enttäuschung, die sie mir be-

reitete, ein Motor gewesen ist, am Thema – für die Familie eine brotlose Kunst – dran zu bleiben. Aber die Hinweise auf diese Institution und ihre Mitwirker ist voll berechtigt, welche Anstrengungen und Hoffnungen sind damit für die Akteure verbunden gewesen. Ich denke auch gerne an die meisten Dozenten zurück. Besonders an Professor Karl-Hermann Capelle, https://www.hpk.uni-hamburg.de/resolve/id/cph_person_00000428 und Professor Georg Hummel (der wird im Wikipedia-Eintrag über Wilhelm Nölling als väterlicher Freund und Mentor benannt. Ich füge nach der Endnote noch zwei Bilder ein, die meine damalige Situation als Student verdeutlichen. Und dann habe ich noch Bilder von einem Ausflug des Lehrkörpers mit dem Lehrgang 17 (1964 / 66). Ich füge ein Bild bei, auf dem die Professoren Hummel, Capelle und Kob zu sehen sind.²

Fußnote zur Seite im Text 149.0

Die AWP wurde als Akademie für Gemeinwirtschaft gegründet, wurde in Hochschule für Wirtschaft und Politik umbenannt – ich vermute, weil sie sich von den vielen neugegründeten Fachhochschulen und Berufsakademien abheben wollte. Sie ist heute in die Uni Hamburg integriert worden. Die AWP in den verschiedenen Ausprägungen kann sowohl von Seiten der Dozenten, wie auch von der der Absolventen mit Listen bekannter Namen aufwarten.

Auch Ralf Dahrendorf gehört dazu. „Von 1958 bis 1960 lehrte er als Professor für Soziologie an der [Akademie für Gemeinwirtschaft](#) in Hamburg[1] und hielt zugleich Vorlesungen an der Universität Hamburg.“ https://de.wikipedia.org/wiki/Ralf_Dahrendorf

In „Keine Hochschule für den Sozialismus: Die Gründung der Akademie für Gemeinwirtschaft“ von Bärbel von Borries-Pusback ist zu lesen:

„Während die Akademie Professoren sich bemühten, die Allgemeinheit des Bildungsauftrags zu betonen, kam der bei der Zehnjahresfeier anwesende Bundespräsident Theodor Heuß, der selbst Dozent an der Berliner Hochschule für Politik – dem spätere Otto-Suhr-Institut – gewesen war, auf die „*ansprechende ethische Untertönung*“ des Gemeinwirtschaftsbegriffs zurück und erinnerte an die damit verbundene „*Entthronung der privaten, meinethalben auch der privatkapitalistischen Rendite als Motor der ökonomischen Wirkkraft.*“ (S. 443 f.)

Das erscheint mir erwähnenswert, weil es zeigt, dass wenigstens von einem führenden Kopf in der Politik der Kapitalismus als Problem wahrgenommen wurde. Dass das Modell der Gemeinwirtschaft ein ungeeignetes Instrument zur Entthronung des Kapitalismus ist, steht auf einem anderen Blatt.

https://books.google.de/books?id=otEIBgAAQBAJ&pg=PA443&lpg=PA443&dq=Ralf+Dahrendorf+Akademie+f%C3%BC+Wirtschaft+und+Politik+Gemeinwirtschaft&source=bl&ots=M_8JGBtgoX&sig=C36p2J-8ygAiq9bqFGserpOLqTA&hl=en&sa=X&ved=0ahUKFwic1L1GehInVAhXJbROKHx21AR4Q6AEIKjAB#v=onepage&q=Ralf%20Dahrendorf

2 Bei Prof. Kob habe ich eine empirisch-soziologische Arbeit über die Berufsunzufriedenheit der Seeleute abgeliefert.

https://de.wikipedia.org/wiki/Hamburger_Universit%C3%A4t_%C3%BCr_Wirtschaft_und_Politik
<http://gdff.de/warum-mitglied/>
https://books.google.de/books?id=otElBgAAQBAI&pg=PA443&lpg=PA443&dq=Ralf+Dahrendorf+Akademie+f%C3%BCr+Wirtschaft+und+Politik++Gemeinwirtschaft&source=bl&ots=M_8jGBtgoX&sig=C36p2J-8ygAiq9gqFGserpOLqTA&hl=en&sa=X&ved=0ahUKEwic1LGehInVAhXJbRQKHx2IAR4Q6AEIKjAB#v=onepage&q=Ralf%20Dahrendorf%20Akademie%20%C3%BCr%20Wirtschaft%20und%20Politik%20.%20Gemeinwirtschaft&f=false



Die Professoren Georg Hummel, Karl-Hermann Capelle und Jan-Peter Kob ³



TA mit den Söhnen Falk und Kai in HH-Poppenbüttel (von links)

³ https://de.wikipedia.org/wiki/Janpeter_Kob / 3 von mehr als ein Dutzend Dozenten für 2 x 100 Studenten.

Anmerkungen zur Freiwirtschaftsschule

Dass die Freiwirtschaftsschule nicht in den Hochschulen vertreten ist, kann ich mir nur so erklären, dass hier eine politisch-ideologischen Verdrängung und Verhinderung stattgefunden hat, denn für einen Wissenschaftler bietet sie genug Stoff, um sich dafür zu interessieren. Es gab und gibt ja Mitglieder dieser Gilde, die das bedauern, z. B. Prof. Oswald Hahn <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/5.3%20Glasnost%20BB%20Anlage%20III.pdf> (Seite 11). Das Wort von der Verdrängung ist kein Produkt meiner Fantasie, sondern eine Beschreibung der Realität, die sich aus Beobachtungen und Erfahrungen vieler einzelner NWO-Aktiven speist. Mir erklärte z. B. ein Prof. der VWL, er wäre als Assistent einmal auf Gesell gestoßen, ihm sei aber bedeutet worden, dass er Gesell schnell vergessen solle, wenn ihm seine Karriere lieb wäre. Natürlich gibt es auch einen sachlichen Grund für das Übersehen der NWO von Angehörigen des „heiligen Grals“ der Wissenschaft und das ist die Unübersichtlichkeit und der Umfang ökonomischen Literatur in ihrer Gesamtheit. Die können einzelne Wissenschaftler nicht alleine erschließen. Aber wenn seit Jahrzehnten die Wirtschaftswissenschaften für die Lösung der dringendsten gesellschaftlichen Probleme keine brauchbaren Lösungen bietet, dann gebietet es ein wissenschaftliches Handeln – einschließlich der Nachbarwissenschaft der VWL und BWL, die vorhandene Literatur (auch die freiwirtschaftliche ist nicht gering) arbeitsteilig zu sichten. Auch Gesellschaftswissenschaftler sollten wissen, dass gruppenspezifische Prozesse in ihren eigenen Reihen wirken. Das heißt im Themenzusammenhang, wenn die Übersichtlichkeit der Lehrmeinungen und ein eindeutiges Urteil über falsch und richtig nicht gefunden werden kann, dann bildet sich eine herrschende Meinung darüber aus, was als richtig zu gelten hat, auch dann, wenn diese – mit Abstand gesehen – objektiv falsch ist.

Wer zu Gesell greift, muss sich nicht wie bei Marx durch die Texte quä-

len. Gesell schreibt anschaulich. Er nimmt für sich auch nicht in Anspruch, etwas erfunden, sondern nur gefunden zu haben. Das ist ein großer Unterschied. Er trägt keine Glaubenssätze vor, sondern berichtet über Beobachtungen und seine Schlussfolgerungen. Wer etwas von der Marktwirtschaft versteht und sein eigenständiges Denkvermögen an den Hochschulen nicht ganz verloren hat, dem genügt es, wenn er Gesell als Stichwortgeber benutzt. Wenn ich selber auch darüber kein Buch geführt habe, was ich von Gesell gelesen habe, so schätze ich, dass es keine 10% von dem sind, was er schriftlich hinterlassen hat. Das ist kein Ruhmesblatt für mich und manchmal bedauere ich das, aber es ist der Beweis für meine Aussage zu Gesell als Stichwortgeber.

Wenn die Freiwirtschaftsschule heute noch lebt – wenn auch in einem schwachen organisatorischen finanziellen Zustand, dann ist das zum geringeren Teil Berufsökonomern zu verdanken, sondern hauptsächlich Ärzten, Lehrern, Juristen, Handwerkern, Ingenieuren und Menschen mit anderen Bildungsgängen und Berufen. Mein Eindruck ist, dass in der Weimarer Republik mehr Unternehmer unter den Freunden der Natürlichen Wirtschaftsordnung waren.⁴ Das kann aber daran liegen, dass nach meiner Einschätzung die Unternehmer ihre wirtschaftspolitischen Interessen in der Republik vor Hitler noch selber wahrgenommen haben und in der Republik nach Hitler die Aufgabe mehr den Verbandsfunktionären überlassen. Da diese aber genauso wie die Gewerkschaftsfunktionäre durch die Hochschulen gelaufen sind, haben die Unternehmer wie die Arbeitnehmer heute nur eine unzulängliche Interessenvertretung.

Den Zugang zur Freiwirtschaft hat ein Teil der Freunde der NWO durch das „Erbe“ der Idee vom Vater oder von der Mutter, den Großeltern oder durch eine sonst nahestehende Person gefunden. Die meisten Vertreter

⁴ Wobei ich auch an dieser Stelle betonen muss, darunter ist keine Ordnung zu verstehen, die in der Natur zu finden ist, gemeint ist eine, die auf die Natur des Menschen Rücksicht nimmt, ihn also so nimmt, wie er ist. (Komplettierung der Marktwirtschaft)

dieser Schule sind zufällig auf diese Denkschule gestoßen. Der Webmaster der NWO-Mailing-Liste, Anselm Rapp, ist z. B. der Enkel des ersten Mitarbeiters Gesells, nämlich von Georg Blumenthal, der wie Gesell ein Nichtakademiker war. (Siehe: www.nwo.de und http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/blumenthal/Blumenthal_Zins-Herrschaft.pdf [https://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Blumenthal_\(Schriftsteller\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Blumenthal_(Schriftsteller)))⁵

Von Georg Otto, der Hauptantriebskraft für die Gründung der GLU, der Vorläuferin der grünen Partei weiß ich, dass er zu der Zeit, als die DDR bei uns noch SBZ hieß, dort in einer Buchhandlung ein Büchlein mit dem Titel „Sozialismus in Freiheit“ (erschienen 1946), dessen Autor der Schweizer Werner Zimmerman ist, in die Hand bekam. Siehe auch: (https://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Otto) Ich selber bin 1961 durch ein Flugblatt – das im Wahlkampf von dem damaligen Lehrer Ekkehard Linder verteilt wurde, mit der Freiwirtschaft in Kontakt gekommen.⁶ Linder war auch ein SBZ-Flüchtling und hatte durch einen Handelsvertreter – den es zu der Zeit in der DDR wohl noch gab – von der Freiwirtschaftsschule erfahren.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass Bewohner in der DDR, die sich offen für die Freiwirtschaften interessierten, in Bautzen oder Sibirien landeten. Mir fallen da folgende Namen ein: Walter Michel („Kirche wo hin?“), Dr. Will Nöbe (Wie es wirklich war / 7 ½ Jahre politischer Gefangener des N.K.W.D. in Ostdeutschland und Sibirien), Hans Hermann Traugott Strung (Friede auf dem Erdboden“). Aber auch auf der Westseite war man den Freiwirten nicht wohl gesonnen, weil man zu blöde war, in ihrer Schule eine Wurzel der Sozialen Marktwirtschaft zu erkennen. Einem Wilhelm Schulte hat der Verfassungsschutz in Westberlin die berufliche Existenz zerstört, weil er in Verdacht geraten war, ein Kommunist

⁵ Die erste Zielgruppe der ersten Aktivisten waren die Arbeitnehmer, weil sie besonders von der Einführung der NWO „profitieren“ würden. Siehe dazu Georg Blumenthal unter http://www.tristan-abomeit.de/pdf_bibliothek/56.5%20Blumenthal%20Neue%20Taktik.pdf Das war aber ein Fehlschlag, weil ihre Köpfe schon mit dem Marxismus besetzt waren. Und die Gewerkschaften haben bis heute noch nicht begriffen, welche Entwicklungsmöglichkeiten sie jenen vorenthalten, deren Interessen sie angeblich vertreten.

⁶ Es war am Beginn meiner späten Bankkaufmannslehre.

zu sein. („Brennpunkt Berlin / Die kommende Freistadt! / Ein Fiasko .
Oder das Vorbild einer sozialen Zukunft?“ Die Schrift wurde vor dem
Mauerbau verfasst.)

Ich kenne aber keine Übersicht über die Personen, die Opfer wurden, weil
sie sich für die Freiwirtschaft interessierten. Ich kenne aber auch keine
Übersicht der Förderer der NWO in der Vergangenheit und Gegenwart.
Die Stillen im Land, die ihre Orientierung an der NWO nicht zugeben,
kann ich vom Sachstand der Stille her gesehen auch nicht kennen. Und
von jenen, die aktiv - bezahlt oder verwirrt, das weiß ich nicht - gegen das
Modell NWO arbeiten, zeigen auch nur wenige ihr Gesicht.⁷ Ich weiß nur,
dass die ökonomischen Fehlentwicklungen das Interesse an der Freiwirt-
schaft – die auch unter anderen Namen thematisiert wird – wachhält. Es
gibt verschiedene Gruppen, die auf neue Mitwirker dringend warten.
Wenn ein kleiner Rinnsal vom großen Spendenstrom auch diese Gruppen
- die ihre Arbeit fast ausschließlich ehrenamtlich leisten – erreichen wür-
de, würden sie sich bestimmt nicht darüber beklagen. Es ist bestimmt kein
Vergnügen, aus der Haushaltskasse der Familien etwas abzweigen zu
müssen um gegen Heerscharen von Mitarbeitern in den Instituten – die
aus den Staatskassen gut dotiert werden - und gegen die Autoren - denen
der Zugang zu den Massenmedien offensteht, „anstinken“ zu müssen. TA

Siehe auch:

- 147.00  [**Verrat und Elend in der Politik und Oekonomie.**](#)
Das Anschreiben (5 Seiten / 153 KB) 3.Mai 2017
- 147.01  Zu dem Verrat der Demokratie und der Liberalität
durch die amtierenden Demokraten und über
das Elend der theoretischen und praktischen Ökonomie als Ursache
des Mordens, des Hungers und der Fluchtbewegungen in der Welt
[**Das Urteil**](#) / Abschluss April 2017 (27 Seiten / 1.609 KB)
- 147.02  [**Verrat und Elend: Quellen und Reflexionen**](#) (411 Seiten / 9.041 KB)

Plus der Anhänge. Text 147.1 bis 147.6

7 Man merkt ihr Wirken aber auch bei den Einträgen von Wikipedia, wo sie sich
bemühen, diese möglichst ungünstig für die Freiwirtschaft zu beeinflussen.